

und moralisch-humanitäre Maximen ihre Gültigkeit. Doch scheint es, daß nicht nur auf der Gegenseite Hitler mit seinem geradezu animalischen Geschick sich allen Bändigungsversuchen entzog, sondern auch im eigenen Lager den Formen traditioneller britischer Gleichgewichtspolitik und Krisenstrategie in einer Epoche gesellschaftlicher Reformbedürftigkeit des Inselstaates und der Neuorganisation globaler Verpflichtungen die alten sozialen und ökonomischen Energien kaum noch korrespondierten. Die englische Forschung neigt jedenfalls immer stärker dazu, Appeasement als Symptom des Niedergangs als führende Weltmacht und als Folge einer Krise ihrer Gesellschaftsordnung zu deuten.

Dieter Rebentisch

Bernd Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933 - 1939* (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 3), Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1971, 695 S., Folieneinband, 66 DM.

Die englische Außenpolitik vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs – die sogenannte Appeasementpolitik – ist lange Zeit, insbesondere auch unter dem Eindruck des Ost-West-Konfliktes, eindeutig negativ als eine Politik der Beschwichtigung, des Zurückweichens, des schwächlichen Nachgebens gegenüber Diktatoren um jeden Preis gedeutet worden. Neuere Untersuchungen hingegen, die den Blick auf die globalen Interessen des englischen Weltreichs, seinen graduellen, durch den Ersten Weltkrieg beschleunigten außenpolitischen Machtverfall und die Strukturprobleme der englischen Wirtschaft lenken, versuchen, zu einer Revision in der Einschätzung der Appeasementpolitik zu gelangen: Appeasementpolitik war keineswegs auf die Regierungszeit Neville Chamberlains beschränkt. Ihre Wurzeln lassen sich weiter in die englische Geschichte zurückverfolgen. Appeasement war die Antwort auf die zahlreichen innen- und außenpolitischen Probleme, mit denen sich Staat und Gesellschaft Großbritanniens konfrontiert sahen, ein Krisenrezept, das den weltweiten Interessen und Verbindungen des britischen Reiches Rechnung trug.

Exemplarisch dargestellt wird ein zentraler Aspekt dieser angesichts der britischen Machtmittel realistisch anmutenden Politik der Krisenbewältigung in der Hamburger Habilitationsschrift Bernd Jürgen Wendts über *Economic Appeasement* und die Rolle von Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933 - 1939. Wendt hat eine imponierende Materialfülle verarbeitet. Neben Akten des Foreign Office, des Board of Trade und der Treasury basiert die Arbeit auf einem breiten Fundament publizierter Quellen, die sorgfältig ausgewertet wurden, sowie einer Deutung der Außenhandelsstatistiken.

Ziel der Studie ist es, die ökonomischen und finanziellen Aspekte der britischen Deutschlandpolitik eingehender zu analysieren und den »verallgemeinernden Klischee-Begriff des ›Economic Appeasement‹ auf seinen konkreten historischen Kern hin zu überprüfen«. Da die politisch-diplomatischen Ereignisse als bekannt vorausgesetzt werden können und entsprechend in den Hintergrund treten, ist sich Wendt angesichts der »engen Interdependenz von Wirtschaft, Finanz und Diplomatie« darüber im klaren, mit seiner Studie nur einen Problemkreis eines verwickelten Gesamtzusammenhanges näher zu beleuchten. Der Verfasser beansprucht nicht, die verbindliche Interpretation von Appeasement zu liefern. Vielmehr soll – wie zu Recht betont wird – »ein bisher stark vernachlässigter und lediglich oberflächlich apostrophierter, jedoch für das Gesamtverständnis der Londoner Außenpolitik zentraler Gesichtspunkt« stärker herausgestellt werden.

Angesichts dieser Frontstellung gegen bisherige Appeasement-Deutungen, die sich einseitig am Primat der Außenpolitik orientiert haben, überrascht es nicht, daß, ausgehend von einer ursprünglich außenwirtschaftlichen Fragestellung – bilaterale Handels- und

Finanzbeziehungen – , Strukturprobleme der englischen Binnenwirtschaft in den Vordergrund rücken. Wendt arbeitet überzeugend die konkrete Interessengebundenheit und die innenpolitischen Motive der englischen Appeasementpolitik heraus, die die englische Politik der Friedenssicherung erst recht verständlich machen.

Die britische Volkswirtschaft sah sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und verstärkt in der Zwischenkriegszeit vor die Aufgabe einer strukturellen Anpassung an die Markt- und Produktionserfordernisse des 20. Jahrhunderts gestellt. Die tiefgreifende Strukturkrise der englischen Wirtschaft war gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit, Absatzschwierigkeiten, Überkapazitäten und Überinvestitionen in den »alten«, exportorientierten Stapelindustrien. Ziel der englischen politischen Führung war es, den notwendigen Anpassungs- und Transformationsprozeß der Verlagerung von den »old and declining industries« (Eisen und Stahl, Kohle, Wolle, Baumwolle, Schiffsbau) auf die »new and growing industries« (Elektroindustrie, Chemie, Kunststoffe, Fahrzeugbau) möglichst von außenpolitischen Störungen freizuhalten. Außenpolitische Spannungen, ein Rüstungswettlauf und ungesunder Rüstungsboom mußten diesen Prozeß verzögern und die alte Industriestruktur verfestigen.

Bei gleichbleibenden oder auch wachsenden Rohstoff- und Nahrungsmiteleinflüssen sowie rückläufigen Kapitalerträgen drängte ferner die Sorge um die Zahlungsbilanz und die Stellung des Pfundes auf den Weg des Ausgleiches mit Deutschland. Um die Absatzprobleme der englischen Exportwirtschaft zu beheben, kam Deutschland als der »Achse des europäischen Handels« (Eden) und dem relativ stabilen deutschen Markt erhöhte Bedeutung zu. Die ausführlich dargestellten Diskussionen um das Kohlenabkommen und die Rückwirkungen der deutschen Transferschwierigkeiten im Frühjahr und Sommer 1934 beleuchten eindrucksvoll die Rolle des deutschen Marktes für die von der englischen Dauerkrise betroffenen Produkte wie Kohle, Wolle und Baumwolle.

Trotz aller diplomatischen und ideologischen Gegensätze sowie zeitweilig heftiger publizistischer und parlamentarischer Fehden führten die gegenseitigen Interessen Großbritanniens und das Dritte Reich immer wieder zum Kompromiß und Ausgleich, als dessen Grundpfeiler sich das – 1938 modifizierte – britisch-deutsche Handels- und Zahlungsabkommen vom 1. November 1934 sowie das Flottenabkommen erwiesen.

Sie bewährten sich, als das Dritte Reich 1935 zu einer breitangelegten Exportoffensive auf den Weltmärkten antrat, die den englischen Handel auf Drittmarkten wie in Südamerika, Südafrika und Indien erheblich traf. Die deutschen Methoden der Exportförderung wie Exportdumping über ausländische Sperrmarkguthaben, Kompensations- und Bartergeschäfte und die Ausfuhrumlage trafen zwar in Parlament, Regierung und Geschäftswelt auf harte Kritik; die London zur Verfügung stehenden Mittel, um Deutschland zur Aufgabe seiner Praktiken zu zwingen, wie Verrechnungsabkommen oder Clearing-Konten, die Kürzung der Kreditlinie unter dem Stillhalteabkommen, die Einschränkung der Umlaufkredite oder die Umleitung des Warenstromes, wirkten zweischneidig. Sie drohten London als Handels- und Finanzzentrum der Welt mit seinen weltweiten Außenverbindungen ebenso zu treffen wie Deutschland; denn sie mußten den internationalen Handel weiteren Restriktionen unterwerfen, die Tendenz zum Bilateralismus verstärken und den für London bedeutsamen Zwischenhandel weiter reduzieren. Angesichts der passiven Warenbilanz und der rückläufigen Kapitalerträge war England an einer Ausweitung des Umfangs des internationalen Handels und seiner Liberalisierung interessiert, um die unsichtbare Bilanz (Schiffahrt, Versicherungswesen, Kommissionsgebühren) zu verbessern und die Kaufkraft seiner Kunden in Übersee zu erhöhen. Es waren neben dem Export- ja vor allem die im internationalen und Deutschland-Handel engagierten und am Akzeptgeschäft interessierten Bankkreise der City, die

sich als konstante und beredete Advokaten des deutsch-britischen Interessenausgleichs erwiesen.

Ferner mußten scharfe Gegenmaßnahmen Londons die dem Economic Appeasement zugrunde liegende politische Konzeption einer Stärkung der gemäßigten Kräfte in Deutschland zerstören und die in Regierungs-, Handels- und Finanzkreisen gehegte Hoffnung auf eine Liberalisierung des nationalsozialistischen Regimes endgültig durchkreuzen.

Die Londoner Verständigungsbemühungen setzten sich bis zum Sommer 1939 kontinuierlich fort. Wendt macht deutlich, wie sehr die bisher in der Forschung nicht genügend berücksichtigte, im Herbst 1937 einsetzende wirtschaftliche Rezession die Londoner Entspannungsbemühungen in der Ära Chamberlain motivierte. Im Ausgleich mit Berlin im Rahmen eines »general settlement« lag die einzige Chance, das Wettrüsten mit seinen für Wirtschaft und Gesellschaft verhängnisvollen Konsequenzen zu verhindern.

Wendts voluminöse Studie enthält eine Fülle weiterer interessanter Ausführungen, etwa zu interministeriellen Gegensätzen über das Economic Appeasement, zu Schwächen und zur mangelnden Leistungsfähigkeit des britischen Außenhandels- und Verkaufsapparates (S. 234, 505 ff., 517) oder zur Ausstrahlung der Methoden des totalitären deutschen Regimes auf England (bes. S. 253, 498 ff., 507 ff., 515 ff.), die unter dem Eindruck deutscher »Effizienz« teils zu einer radikalen Infragestellung der eigenen liberal-privatkapitalistisch strukturierten Wirtschafts- und Sozialordnung sowie des parlamentarischen Systems führten.

Wenn die Arbeit trotz aller Vorzüge nicht ganz zu befriedigen vermag, so liegt das im wesentlichen daran, daß der Verfasser die Materialfülle nicht genügend systematisiert und strukturiert hat. Wiederholungen und lange Zitate mit bekannten Denkfiguren und Interessenstandpunkten erschweren die Lektüre. Eine Straffung des Materials mit stärkerer Herausstellung der zentralen Thesen wäre der Lesbarkeit des Buches sicher sehr zugute gekommen.

Wendt wollte nachweisen, »wie problematisch die einseitige Feststellung auf den »Primat der Außenpolitik« [...] heute geworden ist«, und statt dessen »am konkreten Fall exemplarisch das starke, wenn nicht sogar entscheidende Gewicht innenpolitischer, insbesondere binnenwirtschaftlicher Faktoren für die Ausgestaltung der Außenbeziehungen eines Staates« herausarbeiten, wie es etwas unscharf in der Einleitung heißt. Dieses Vorhaben ist ihm weitgehend gelungen. Seine kompetente und kenntnisreiche Studie macht jedoch auch deutlich, daß eine einseitig am Primat der Innenpolitik orientierte Betrachtungsweise sich das englische Konfliktverhalten in den dreißiger Jahren ebenfalls nicht hinreichend zu erklären vermag. Es waren Hitlers Mißachtung der »economic considerations«, wie Wendt betont, und – ab 1938 zunehmend – sicherheits- und gleichgewichtspolitische Erwägungen der Regierung in Whitehall, die das Kalkül des Economic Appeasement durchkreuzten.

Clemens A. Wurm

I. B. Berchin, Geschichte der UdSSR 1917 – 1970, Dietz Verlag, Berlin-DDR 1971, 914 S., Ln., 15,80 M.

Die vorliegende umfangreiche Geschichte der Sowjetunion ist eine Übersetzung aus dem Russischen und als Lehrbuch für Universitäten bestimmt. Sie soll den Leser mit dem sowjetischen »Vormarsch zu den lichten Höhen des Kommunismus« vertraut machen und ist deshalb in Wahrheit als Darstellung des derzeitigen sowjetischen Selbstverständnisses über die innen- und außenpolitische Entwicklung des Landes, als historische Quelle anzusehen. Diese Tatsache macht dem Rezensenten seine Aufgabe sehr schwer, da eine adäquate Besprechung sich vornehmlich im Rahmen einer Darstellung der Entwicklungsgeschichte des sowjetischen Selbstverständnisses bzw. der sowjetischen Historiographie